

Beilage zu No. 31 der „Graph. Presse“.

V. General-Versammlung

des Vereins der Lithographen, Steindrucker und
Berufsgenossen Deutschlands.

Fortsetzung.

Vormittagssitzung am 19. Juli.

Die Generaldebatte über den Vorstands- und Ausschussbericht wird fortgesetzt. Rudolf-Hamburg bemerkt, die Animosität gegen Berlin habe seine Berechtigung. Der Verband habe als seine Grundlage den Klassencharakter anerkannt, das müsse hochgehalten werden. Die Berliner Kollegen müssten danach aber auch bei Besetzung der Ämter darauf sehen, dass der Verband im Sinne der anerkannten Grundsätze geleitet werde. Nur solche Männer könnten dazu geeignet sein, die selbst von der Richtigkeit dieser Grundsätze überzeugt seien. (Sehr richtig!) Aust-Berlin ist gleicher Ansicht. Er habe bei dem Zug nach rechts, der sich jetzt in Berlin bemerkbar mache, bei all dieser Neutralitätsduselei nicht mehr Lust gehabt, weiter mit zu machen. Macher und Billmann-Nürnberg stellen sich sachlich auf denselben Standpunkt. Letzterer stellt richtig, welche Rolle Ries bei den Nürnberger Beschlüssen gespielt habe. Es sei demnach dem Kollegen Ries keinerlei Vorwurf zu machen. Wenn auch Tischendörfer viel für den Verband geleistet habe, aber seine Stellungnahme baue vorn auf und reisse hinten wieder nieder. (Sehr richtig!) Wurzel-Berlin steht noch auf dem alten Standpunkt. Es sei bedauerlich, unter die Delegierten eine Kundgebung gegen den Vorstand zu ertönen. Der Ausschuss sei ein überflüssiges und zum Teil schädliches Organ. Er soll nur ein kontrollierendes, nicht ein inhibierendes Organ sein. Der Vorstand habe, mit wenigen Ausnahmen, in vollem Umfange seine Pflicht erfüllt. Obier (Redakteur des Fachorgans) will weder den Vorstand noch den Ausschuss verteidigen; es müsse aber festgestellt werden, dass weder Ries noch der Ausschuss an den Versammlungen im Gau Sachsen, die der Vorstand gegen sich gerichtet sah, schuld waren, sondern dies sei Beschluss der sächsischen Kollegen gewesen. Um ein Haar, es fehlte bloss eine Stimme, wäre statt Ries, Tischendörfer zu dieser Agitationstour bestimmt worden. Redner verteidigt lebhaft den Vorsitzenden Sillier. Die Fehler, die er gemacht habe, resultieren daraus, dass ihm sein Amt ausserordentlich schwer gemacht worden sei. Niemand habe ihn in Berlin irgendwie unterstützt. Ihm scheine eine bestimmte Absicht in den Angriffen gegen Sillier zu liegen, gegen die er (Redner) sich energisch wenden müsse. Eine Animosität gegen die Berliner Kollegen bestehe weniger, mehr aber gegen Tischendörfer und diese sei berechtigt. Tischendörfer wolle in seiner Herrschaft allen anderen seine Meinung aufzwingen. Man habe diesen weder wegen seiner früheren, noch wegen seiner jetzigen Parteizugehörigkeit einen Vorwurf gemacht, sondern er wolle, das in der Neutralitätsfrage alles nach seinem Willen gehe. Von ihm würden die Berliner Kollegen irregeleitet. Er (Redner) sei aber der Ansicht, dass alles das nicht wäre, wenn Tischendörfer dem Verband und den anerkannten Grundsätzen ganz angehören würde. Der Vertreter der Generalkommission Rob. Schmidt-Berlin, äussert sich zu den Differenzen zwischen dem Vorstand und dem Ausschuss dahin, dass allerdings der Ausschuss seine Stellung nicht missbrauchen dürfe. Er sei doch nicht über alles so genau informiert, wie der Vorstand selbst und so könne der Ausschuss für seine ungerechtfertigte Sache in bester Überzeugung wirken und dadurch gerade Schaden stiften. Im Falle Tischendörfer könne er sagen, dass dieser in der Berliner allgemeinen Gewerkschaftsbewegung keinerlei Schaden anrichten könne, da man sich seinen Ansichten doch nicht anschliesse. In seiner praktischen Tätigkeit, in der Berliner Gewerkschaftskommission, thue Tischendörfer nichts, was zur Kritik herausfordere. Bayer-Frankfurt a. M. wendet sich gegen das disziplinlose Verhalten der Berliner Verwaltung III, Lithographen. Trotz der Verteidigung der Statutenverletzung durch Tischendörfer sei der Fehler nicht zu beschönigen. Bauknecht-Stuttgart ist auch nicht mit dem Ausschuss einverstanden. Soweit dürfen dessen Rechte nicht gehen, wie er sie geltend gemacht habe. Aber klar sei andererseits, dass es nicht gehen könne, wenn an der Spitze Leute ständen, die, den Ansichten der grossen Massen entgegen, nach ihrem eigenen Willen die Sache zu lenken suchten. Er (Redner) habe ein gewisses Zutrauen zu Tischendörfer, aber in diesem Punkte müsse auch er sich gegen ihn wenden. Wenn dieser den Schritt nach links gehen würde, wäre beiden geholfen. Das wäre aber bei seinen persönlichen Verhältnissen auch ein gewisses materielles Opfer. Ob das auch der Grund zu Tischendörfers ganzer Haltung sei, wolle er natürlich nicht sagen. Ries (Ausschussvorsitzender) erklärt, dass nur aus Unkenntnis der Sachlage Schmidt (von der Generalkommission) Tischendörfer habe verteidigen können. Dieser habe sogar die Absicht verfolgt, einen unabhängigen Gegenverband ins Leben zu rufen. Dann wendet sich Redner gegen die Auffassung Schmidts bezüglich der Aufgabe des Verbandsausschusses. Fast in allen deutschen Gewerkschaften beständen die gleichen Einrichtungen und handhabten die Ausschüsse ihre Rechte ebenso.

Nicht der Ausschuss habe gegen Tischendörfer gefehlt, sondern dessen Quertreiberei, die überall vorgekommen, trugen schuld. Tischendörfer habe sich höchst ungeschön bei der Reichstagswahl in Lübeck gegen Schwarz benommen. Ebenso wäre seine Stellungnahme auf dem Krankenkassentage in Leipzig geradezu eine Blamage für den Verband gewesen. (Sehr richtig!) Mösinger-Hanau schliesst sich den gegen Tischendörfer gemachten Vorwürfen in seinen Ausführungen an. Die Sophisterei Tischendörfers über sein gegebenes Ehrenwort bezüglich Frankfurter Schiedsgericht könne die Sache nicht aus der Welt bringen. Er sei zweimal gefragt worden, ob er sein Versprechen gelten lassen wolle und habe zweimal dieses wiederholt. Redner verteidigt ebenfalls die Thätigkeit Silliers. Schmidt (Generalkommission) berichtet seine Ausführungen über die Aufgabe eines Verbandsausschusses dahin, dass es darauf ankomme, wie ein Ausschuss sein Ueberwachungsrecht handhabt. Dagegen bemerkt Ries, dass alles durch Tischendörfers Haltung komme. Albrecht-Berlin verteidigt die Haltung der angegriffenen Berliner Kollegen und Tischendörfer. Weil die Kollegen Tischendörfer achteten, deshalb hätten sie ihn auf diesen Posten gestellt. Der frühere Vorstand sei besser als der jetzige gewesen. Er bitte, die Einigkeit nicht aus dem Auge zu lassen. Czech-Leipzig hat stets vom Standpunkt der Neutralität Tischendörfer verteidigt, aber die jetzige Misstimmung sei nicht mehr niederzuhalten. Sie sei nicht künstlich gemacht, sondern ergebe und erkläre sich aus der Tendenz, die Tischendörfer im politischen Leben vertrete. Diese wirke zurück auf die gewerkschaftliche Bethätigung. Es sei deshalb nötig, reinen Tisch zu machen. Auch in Berlin möchte man mehr gewerkschaftliche Disziplin haben. Sillier (Vorsitzender) verteidigt in längeren Ausführungen sein Verhalten in den verschiedenen Streitfragen. Er konstatiert, dass der Vorstand einstimmig beschlossen habe, den Kollegen Borisch dem Koll. Riess bei dessen Agitationstour nachzusenden. Aber die Motive hierzu seien bei den einzelnen Vorstandsmitgliedern sehr verschieden gewesen. Die gegen Obier gerichteten Angriffe seien unberechtigt. Allen könne man es eben nicht recht machen. Falsch sei es vom Ausschuss, seine Aufgabe so aufzufassen, dass er zu allen halbwegs wichtigen Dingen erst glaube seine Zustimmung geben zu müssen, ehe der Vorstand darüber beschliessen könne. Später wolle er (Redner) näher auf alle Angriffe eingehen. Dürr-Stuttgart greift scharf Tischendörfer an. Dieser treibe seine Auffassung von der Neutralität so weit, dass er Vorträge bei den christlichen Gewerkschaftlern gehalten und so indirekt für diese gewirkt hätte. Es sei traurig, wenn Kollegen dann nicht mehr mithun wollen, wenn Beschlüsse gefasst würden, die ihnen nicht gefielen. Mehr Disziplin und mehr Ehrlichkeit sei nötig.

Vormittagssitzung am 20. Juli.

Die Generaldebatte über den Vorstands- und Ausschussbericht wird fortgesetzt. Die Nürnberger Delegierten erklären sich bereit, die gegen Dübel, Borisch und Dommick gerichteten Kundgebungen zurückzuziehen, da aber Tischendörfer die von den vorgenannten gegen den Ausschuss gerichteten Angriffe nicht zurückziehen kann, bleibt die Kundgebung von den Nürnbergern aufrecht erhalten. Gölner-Freiburg i. Schl. bemerkt, dass Dübel bei seiner Agitationsreise durch Schlesien versucht hat, gegen den Ausschuss scharf zu machen, aber damit kein Glück gehabt hätte. Hehr-Berlin hält den Ausschuss für eine Notwendigkeit, dessen Haltung finde er einwandfrei. Er erklärt, dass die Kollegen von Berlin II nicht für Tischendörfer eintreten. Hass verteidigt nochmals die Berliner Kollegen, die auf Seiten Tischendörfers stehen. Tischendörfer-Berlin bedauert, dass man ihm nicht Glauben entgegenbringe. Er sei wiederholt gegen die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine in der Klassenkampffrage aufgetreten in Wort und Schrift. Unvergesslich sei ihm der Tag, an dem Bebel in Berlin über die Neutralitätsfrage gesprochen habe. Genau so wie dieser denke er in dieser Frage. (Die Redezeit ist abgelaufen, da nur noch 10 Minuten Redezeit beschlossen ist, man lässt aber Tischendörfer eine halbe Stunde reden.) Er lehne die Bezeichnung »Herrschaft« ab. Der Hauptvorstand bestehe aus neun Personen, also acht Personen und ihm (Tischendörfer), da könne doch unmöglich sein in Wille stärker, als der der übrigen acht Vorstandsmitglieder sein. Er treibe nicht Quertreiberei. Ganz falsch seien die Dinge über die Reichstagswahl in Lübeck dargestellt worden, dafür könne er Zeugen aus der Partei Schwarz' und diesen selbst aufrufen. Bedauerlich sei, aus Kleinigkeiten immer eine Staatsaktion zu machen. (Die Redezeit wird nochmals verlängert.) Redner zitiert verschiedene Aeusserungen Legiens, v. Elms, Hué und anderer über ihn (Tischendörfer), aus denen ersichtlich sei, dass man da ganz anders urteile. Seinen Vortrag im christlichen Gewerkschaftskartell in Berlin habe man wieder erwähnt, dabei habe das Hauptorgan der Christlichen ausdrücklich konstatiert, dass zwischen ihnen und Tischendörfer ein tiefer, grundsätzlicher Unterschied in der Gewerkschaftsfrage bestehe. Er gäbe zu, auch Fehler gemacht zu haben, aber immer sei er bemüht gewesen, der Sache zu dienen. Kubig-Berlin bemerkt, die Ausführungen Tischendörfers würden zwar ihre Wirkung nicht verfehlen, aber so

unschuldig wie er sich gebärde, sei er nicht. Schubert-Leipzig wünscht für die Kleinagitation ein grössere Bewegungsfreiheit, für die einzelnen Zahlstellen. Die Art, wie man den Ausschuss versucht habe abzuthun, hätte dessen Stellung nur gestärkt. Albu ist eher für Erweiterung der Ausschussrechte, als für deren Bescheidung. Lehmann tritt für Anstellung eines Bezirksbeamten für die Rheinprovinz ein. Bezüglich der Differenzen zwischen Vorstand und Ausschuss hält er letzteren für eine Notwendigkeit. Riess, Ausschuss, stellt fest, dass Tischendörfer selbst erklärt hat, seine Vorstandsämter freiwillig niedergelegt zu haben. Der Streit sei erst wieder aufgeleitet worden, seit Tischendörfer wieder öffentliche Ämter im Verband einnehme. Er (Redner) habe früher selbst Tischendörfer in Schutz genommen. Tischendörfer habe mit einer Broschüre gedroht, deren Manuskript schon vorgelegen habe, die dem Verband zum schwersten Schaden hätte gereichen müssen. Deshalb habe er kein rechtes Zutrauen mehr zu ihm. Bauknecht-Stuttgart: Wenn Tischendörfer erkläre, es müsse zulässig sein, dass auch Andersdenkende Ämter einnehmen können, so müssten erst recht die Kollegen das Recht haben, gegen das Verhalten eines solchen Kollegen zu protestieren. Tischendörfer verkehre zu viel in uns fremdstehenden Kreisen, in Folge seiner politischen Ansichten und das habe für ihn um so mehr eine ungünstige Wirkung, als er viel zu sehr Gefühlsmensch sei. Bebel's Ansichten seien andere. Ein Schlussantrag wird angenommen. In den Schlussworten bespricht Sillier (Vorsitzender) die verschiedenen gemachten Anregungen, dabei die gegen den Vorstand gerichteten Angriffe zurückweisend. Es sei falsch, dass der Vorstand im Punkte Agitation oder bei Differenzen seine Pflichten nicht erfüllt habe. Was möglich war, sei geschehen. Der Vorstand habe sogar in einzelnen Fragen gedrängt, dass etwas geschehen müsse. Die allzu lange ausgedehnten Sperren halte er für schädlich, gerade das Gegenteil von dem, was man wolle, werde dadurch bewirkt. (Sehr richtig!) Ganz energisch wendet sich Redner dagegen, dass die Münchner so leichtsinnig ihren Antrag auf Ausschuss seiner (Redners) Person zurückgezogen, nachdem sie ihn überhaupt gestellt hätten. (Sehr richtig!) Ein solches Verhalten sei nicht nur beispiellos in der deutschen Arbeiterbewegung, sondern diene auch dazu, der Presse Stoff zu den unschönsten Angriffen zu geben. (Sehr richtig!) Möchten daraus die Münchner Kollegen ihre Lehre ziehen und erkennen, welche grossen und leichtfertigen Fehler sie mit ihrem Antrag gemacht haben. (Lebhaftes Bravo!) Brall (Verbandskassierer) fasst sein Schlusswort sehr kurz, da Ausstellungen gegen den Kassenbericht nicht gemacht worden seien. Ries, Ausschuss, konstatiert, dass wesentliche Ausstellung an der Thätigkeit des Ausschusses nur von den Berliner Kollegen und besonders von Tischendörfer gemacht worden seien. An einigen Beispielen glaubt Redner nachzuweisen, dass dieselben Vorwürfe, die Tischendörfer gegen den Ausschuss in moralischer Entrüstung gemacht habe, gegen jenen selbst erhoben werden können. Er habe Andersdenkende noch viel schärfer angegriffen, als das ihm geschehen sei, und habe kein Recht, sich als den Bedrückten zu bezeichnen. Gegen die Angriffe, die Tischendörfer gegen das Schiedsgericht gemacht habe, müsse er (Redner) konstatieren, dass das Schiedsgericht durchaus einwandfrei gearbeitet habe. (Sehr richtig!) Wenn dem Ausschuss der Vorwurf gemacht werde, er habe zu wenig vermittelt da gewirkt, wo die Mitglieder mit dem Hauptvorstand Differenzen gehabt, so müsse beachtet werden, dass die Vermittlung nicht immer möglich sei. Ueber eine Reihe von Differenzfällen giebt der Redner näheren Aufschluss.

Nachmittagssitzung.

Es wird die Präsenzliste verlesen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein Protest von 28 Kollegen in Barmen gegen die Bewilligung von Delegiertenkosten an drei Kollegen, die angeblich zu Unrecht zu einer Gaukonferenz gegangen sind, zur Kenntnis des Kongresses gebracht. Auf Vorschlag des Vorsitzenden Sillier wird über den Protest zur Tagesordnung übergegangen. Dem Hauptkassierer wird Decharge erteilt. Ein Antrag, der Filiale Berlin III strittige 900 Mk. für eine Beamtenanstellung zu bewilligen, wird mit 26 gegen 22 Stimmen angenommen. Rudolf ersucht im Namen der Kommission, den Kollegen Hilbig-Chemnitz zur Auskunfterteilung zu laden. Ein Antrag, dem Ausschuss-Vorsitzenden Ries für seine Thätigkeit 300 Mk. zu bewilligen, wird angenommen. Ein Antrag, die ohne Einverständnis des Ausschusses erfolgte Anstellung eines Lokalbeamten durch die Filiale Berlin III als eine statutenwidrige Handlung zu bezeichnen, wird mit grosser Majorität angenommen. Eine Missbilligungsresolution gegen die früheren Vorstandsmitglieder Dübel und Borisch wird zurückgezogen, nachdem Ries ausgeführt, dass die Berliner Kollegen durch die Debatte den Weg kennen, den die Generalversammlung gegangen zu sehen wünscht und ebenfalls zur Zurückziehung geraten. Es folgen eine Reihe persönliche Bemerkungen. Tischendörfer führt aus: Von Parvus-Artikeln hätte er nicht gesprochen, und ausserdem bestreite er entschieden, sich an Sondergründungen irgendwie beteiligt zu haben. Kollege Leinen-Dresden giebt als Vorsitzender der Presskommission der Graph. Presse den Bericht

über deren Thätigkeit. Er wendet sich gegen den Beschluss des Hauptvorstandes, dass Polemiken, Angriffe etc. erst im Bürstenabzug den Angegriffenen zugeschickt werden sollen. Ein solcher liegt nur im Interesse der Kollegen vom Hauptvorstand, denn die übrigen Kollegen wären nicht in der Lage, diese Einrichtung zu benutzen. Referent giebt der Meinung Ausdruck, im Gegensatz zu den Berliner Kollegen, dass sich Polemiken nicht ganz vermeiden lassen und dass auch die Abstempelung der Berichte durch die Vertrauensleute erst erfolgen sollte, nachdem diese von ihnen auf die Richtigkeit geprüft sind, um den Redakteur vor Bestrafungen und Berichtigungen zu schützen. Görlitz-München begründet die Anträge der Münchener Mitgliedschaft, die verlangen, dass Berichte über Vergütungen usw. aus der Presse fernzuhalten sind, und dass den einzelnen Mitgliedschaften, die Beschwerden gegen den Vorstand haben, nicht die Presse verschlossen werden darf. Ein Antrag Rixdorf verlangt die Trennung des Redakteurpostens von dem des Leipziger Verwaltungspostens, ebenso ein Antrag Kassel. Bernhardt-Rixdorf und Lange-Kassel begründen die Anträge. Sie verlangen einen ganzen Mann, der nicht mit Verwaltungsgeschäften überlastet ist, für die Redaktion. Ries (Ausschussvorsitzender) verliest einen Brief des Kollegen Barthel, indem dieser gegen die frühere Besetzung des Redakteurpostens Kritik übt und im Falle einer Trennung der Posten sich zur Berücksichtigung für den Redakteurposten empfiehlt. Gundlach-Berlin kritisiert in langen Ausführungen an der Hand einer ganzen Reihe von Nummern die Redaktion der Graph. Presse. Er vermisst vor allem eine Uebersichtlichkeit des Stoffes und das Fehlen einer eignen Meinung des Redakteurs; einige Artikel nationalökonomischen Inhalts seien zu hoch für die Kollegen in der Provinz. (Grosse Heiterkeit.) Wünschenswert sei, Hauptvorstand, Redaktion und Presskommission an einen Ort zu verlegen. (Lebhafter Protest). Der Vorsitzende bittet, die Redewendung des Vordröners von den unintelligenten Kollegen in der Provinz nicht zu tragisch zu nehmen; stimmen thue sie aber durchaus nicht. Barthel verwahrt sich dagegen, mit den Berliner Kollegen betr. des Vorschlags seiner Person für den Redakteurposten im Einverständnis gehandelt zu haben. Redner präzisirt seinen Standpunkt zur Neutralitätsfrage und giebt der Meinung Ausdruck, dass dieser sein Standpunkt für die Leipziger Kollegen, denen ja die Wahl des Redakteurs überlassen wurde, nachdem Vorstand und Ausschuss sich über die Besetzung nicht einigen konnten, ausschlaggebend gewesen sei. Nach seiner Ansicht sei das die vorteilhafteste Haltung im Interesse der modernen Gewerkschaften. Nach seiner Meinung darf die Gewerkschaft keine Parteipolitik treiben. Barthel empfiehlt zum Schluss die Trennung des Redakteurpostens von dem der Verwaltung in Leipzig und eine Neuausschreibung des Redakteurpostens und tritt der in der Debatte zum Ausdruck gekommenen Meinung entgegen, einen akademisch gebildeten Berufsleiter anzu stellen. In der sozialdemokratischen Partei wende man sich immer energischer dagegen und für ein Gewerkschaftsblatt eigne sich ein solcher noch weniger. Müller-Schkeuditz wendet sich ebenfalls gegen die Anstellung eines akademisch gebildeten Redakteur. Er wendet sich ferner unter Berufung auf die Buchdrucker und andere Gewerkschaften gegen die Zusammenlegung von Vorstand und Redaktion an einen Ort. Betreffs der Redakteuranstellung nimmt Redner den Standpunkt ein, dass der Redakteur eines Fachblattes einen bestimmten politischen Standpunkt einnehmen muss, zum mindesten die Ausbreitung des sozialistischen Gedankens nicht hindern darf. Diese Gewähr hätten sie bei Kollegen Barthel nicht gehabt nach seinem Bewerbungsschreiben, wohl aber bei dem jetzigen Redakteur Obier, bei dem man die Fähigkeiten voraussetzen konnte. Bratke-Hannover. Die Animosität der Berliner Lithographen gegen Obier rührt daher, dass dieser sich den Einflüssen Tischendörfers gegenüber als unabhängig bewiesen habe. Redakteur Obier-Leipzig verteidigt sich gegen die erhobenen Vorwürfe und wendet sich dann gegen die Berliner Kritik und die Ausführungen Barthels. Die meisten Vorwürfe gegen seine Amtsführung seien von Tischendörfer und seinen Freunden gekommen. Redner schildert seine intensive Thätigkeit als Verwaltungsbeamter in Leipzig, die ihm ausserordentlich in Anspruch nahm und zu wenig Zeit für die Thätigkeit als Redakteur übrig liess. Jetzt sind die Verhältnisse in Leipzig bessere, jetzt möchten ihn gewisse Leute in die Ecke stellen. Redner verliest eine Anzahl Postkarten, die Tischendörfer ihm geschrieben und rügt den überlegenen Schulmeister, den dieser anschlägt. In einer derselben empfiehlt er ihm, die Vertretung parteipolitischer Tendenzen den Parteiblättern zu überlassen. Die Tendenz passt eben den Berlinern nicht. Er würde sie aber nicht ändern. Obier meint, auf eine Postkarte von Tischendörfer, in der dieser schreibt, die deutschen Unternehmer könnten sich freuen über die Thätigkeit von Ries & Co., dass die Zerissenheit, die fortwährend von Tischendörfer in die Reihen der Kollegen getragen werde, den Unternehmern wohl mehr Freude machen würde. Der Verband sei auch gewachsen, als Tischendörfer nicht an der Spitze des Verbandes gestanden habe. Obier erklärt zum Schluss, dass er auf den Verwaltungsposten verzichte, wenn die Kollegen ihn aber auf seinem Posten als Redakteur belassen wollen, dann werde er die Graph. Presse auch weiter neutral

redigieren. (Lebhafter Beifall). Beyer-Frankfurt a. M. spricht sich für eine Trennung des Postens des Redakteurs von dem des Verwaltungsbeamten aus und wendet sich gegen die Zusammenlegung von Redaktion und Vorstand.

Eine Resolution gelangte noch zur Verlesung, in der ausgesprochen wird, dass in der Person des Kollegen Obier die richtige Wahl sowohl zum Redakteur wie zum Verwaltungsbeamten getroffen ist, dass aber eine Trennung der beiden Posten sehr wohl angängig sei.

Vormittagssitzung am 21. Juli.

Nach längerer Debatte über den Bericht der Presskommission erklärt Mühlberger (Oesterreich), dass er die Art der Kritik unverständlich finde. Redner ist selbst Redakteur und verfolge die Graph. Presse sehr genau. Er finde diese im allgemeinen durchaus gut redigiert. Rudolf-Hamburg äussert sich im gleichen Sinne. Barthel verteidigt sich gegen die Vorwürfe, dass er persönliche Absichten bei seinen Beschwerden gegen die Besetzung des Redakteurpostens verfolgt habe. Es wird ein Schlussantrag angenommen. Leinen (Presskommission) giebt über verschiedene Beschwerdepunkte nähere Auskunft. Die Presskommission will an den Ort der Redaktion zu verlegen, wäre nicht zu empfehlen. Obier sei entschieden zu sehr überlastet, daraus erklären sich die gemachten Fehler. Obier (Redakteur) bespricht nochmals die tatsächlichen Verhältnisse, die es sehr erschweren, allen Wünschen immer Rechnung zu tragen. Darauf folgt die Abstimmung über eine Anzahl zur Fachpresse gestellten Anträge, darunter der, dem Redakteur das Nebenamt als Verwaltungsbeamter abzunehmen und allein in ersterer Eigenschaft beizubehalten. Dieser Antrag wird angenommen. Zum Punkt Graphische Rundschau ist nichts wesentliches zu bemerken. Es kommen dabei nur fachtechnische Momente zur Sprache. Zum Punkt Tarifbewegungen referirt Sahn: Die Schleuderkonkurrenz im Beruf habe bewirkt, dass nicht bloss die Gehilfen ihre Lohnverhältnisse dabei zu regeln suchen, sondern auch die Prinzipale die Tarifvereinbarungen gegen die Schmutzkonkurrenz auszusuchen. Das habe sich bei den gemeinsamen Tarifberatungen gezeigt. Zur wirksamen Durchführung und Aufrechterhaltung seien starke Organisationen auf beiden Seiten der Vorbedingung. Redner konstatiert, dass der Sonderverband mit seinen paar Männlein Quertreiber versucht habe. Die überhandnehmende Lehrlingszuchterei habe Veranlassung gegeben, dagegen aufzutreten und es sei gelungen, diese wesentlich zu beschränken. Auch zu den Ueberläufern habe man Stellung genommen. Man habe sich dafür entschieden, an sich gegen die Ueberläufer aus anderen Berufen nichts zu unternehmen, aber, um der Lohndrücke vorzubeugen, müssten diese Kollegen sich an den Gehilfen nachwehnen halten. In dieser Beziehung hätten sich die Kollegen von Berlin nicht richtig verhalten. Besonders Kollege Borisch habe sich nicht an die Beschlüsse gehalten. Grosse Hindernisse waren in einzelnen Orten zu überwinden. Sei auch noch nicht alles erreicht, was gewünscht worden sei, so könne man doch mit den bisherigen Erfolgen zufrieden sein. (Bravo!) Sillier (Vorsitzender) wendet sich gegen die Münchener Kollegen, die sich den vorhandenen Beschlüssen nicht fügten. Daran liege es, dass der Lichtdrucker-Tarif noch nicht überall zur Durchführung gekommen sei. In erster Linie müssten eben die Kollegen diesen Tarifvereinbarungen mehr Bedeutung zumessen. Diejenigen Firmen, die bisher den Tarif noch nicht anerkannt hätten, müssten ev. durch wirtschaftliche Kämpfe gezwungen werden. Die Kollegen hingen in kurzsichtiger Weise noch am Prämiensystem, andererseits werde wieder verlangt, dieses System mit einem Ruck zu beseitigen. Das System müsse natürlich energisch bekämpft werden, aber das sei erst dann möglich, wenn der Tarif überall durchgeführt sei. Die Durchführung eines Tarifs für die Chemigraphen sei bisher leider deshalb nicht möglich gewesen, weil diese Kollegen in ihrer beiseitigen Kurzsichtigkeit der Organisation so wenig Beachtung schenken. Es bestehe ein kleines Sonderverbändchen von ca. 600 Mitgliedern (Sitz Nürnberg), das leider seine Hauptaufgabe nur in Quertreibereien sehe, nicht aber in der Vertretung der Berufsinteressen. (Sehr richtig!) Tarife sind eine Notwendigkeit im Interesse des ganzen Berufes. Wenn die Unternehmer aber selbst es wünschten, dass die Arbeiter gegen die Schmutzkonkurrenz die Offensive ergreifen sollten; nun gut, wir wollen das thun, dann aber müssten auch die Arbeitgeber, die das wünschten, daraus ihre Konsequenzen ziehen. Man drohe uns nicht mit einem Kampf, dieser müsse, wenn es eben nicht anders möglich sei, aufgenommen werden. Er bitte deshalb um einstimmige Annahme der zu diesem Punkte vorliegenden Resolution. (Bravo!)

Nachmittags-Sitzung.

Es wird in die Debatte über die Tarifbewegungen eingetreten. Wengler-Berlin sucht das Vorgehen der Berliner zu rechtfertigen, die, nachdem der allgemeine Tarif abgelehnt worden, nochmals einen Staffeltarif einreichten. Er will die Beurteilung des Verhaltens der General-Versammlung überlassen. Mosche-Leipzig rügt das Verhalten der Münchener Kollegen, die den Tarif nicht einmal im Prinzip anerkennen wollen. Kosko-Leipzig weist darauf hin, dass nur durch eine starke Organisation die Einführung eines Tarifs möglich ist. Redner wendet sich gleichfalls gegen die Haltung der Münchener,

schildert die Schwierigkeiten, die der Einführung des Tarifs in Leipzig entgegenstanden und spricht es aus, dass der Tarif wesentliche Vorteile für die Gehilfen mit sich gebracht habe, besonders mit Bezug auf die Eindämmung der Lehrlingszuchterei. Es sei bedauerlich, dass viele Kollegen nicht einmal den Tarif kennen, der paritätische Arbeitsnachweis habe in Leipzig segensreich gewirkt. Der im Tarif vorgesehene Organisationszwang habe sich trotz der mancherlei Anfeindungen von einzelnen Unternehmern und indifferenten Kollegen gut bewährt. Dressler-Berlin führt aus, dass der Lichtdrucker-Tarif die Lage der Lichtdrucker bisher nicht wesentlich verbessert habe. Er habe auch sehr viele Mängel. Die Heimarbeit sei gar nicht erwähnt. Dabei gäbe es in Berlin Retoucheure, die Arbeit mit nach Hause nehmen und dort den doppelten Wochenlohn verdienen. Redner bedauert das Verhalten der Münchener Lichtdrucker, die, so lange der Tarif zu Recht bestehe, auch für dessen Durchführung zu arbeiten hätten. Schubert-München schiebt die Schuld an den Münchener Verhältnissen dem Vorgehen des Zentralvorstandes zu. Tischendörfer-Berlin giebt zu, dass die Lithographen Berlins allerdings nicht voll von ihrem Tarif befriedigt sind. Er bestreitet aber aber im Gegensatz zu einem anderen Berliner Kollegen, dass Mulosigkeit eingerissen sei. Davon könne nicht die Rede sein, dass die Tarifgemeinschaft wieder angegangen werde. Bei den Buchdruckern habe man auch erst mit wenigen Geschäften angefangen. Redner wünscht getrennte Abstimmung über die Tarifresolution, um auf den ersten Teil derselben die einstimmige Billigung zu erzielen. Für den zweiten Teil, der die Zustimmung des Ausschusses bei Tarifbewegungen voraussetzt, könne ein Teil der Kollegen nicht stimmen. Ries-Nürnberg wendet sich sehr gegen die Haltung der Münchener und widerspricht den Ausführungen Tischendörfers mit Bezug auf die Mitwirkung des Ausschusses bei Durchführung des Tarifs. Sillier weist darauf hin, dass es an den Kollegen selbst liege, wenn die Tarifsache nicht weiter gediehen sei bei den Lichtdruckern. Die grosse Menge der Kollegen stehe mit Ausnahme einiger Querköpfe zweifellos auf dem Boden, weiter die Tarifgemeinschaft auszubauen. Folgende Resolutionen wurden einstimmig angenommen: 1. »Die 5. Generalversammlung des Vereins der Lithographen, Steindruckere und Berufsgenossen Deutschlands bedauert aufs lebhafteste den Beschluss der Generalversammlung des Vereins der deutschen Steindruckerebesitzer in Frankfurt a. M. in Verhandlungen über tarifliche Vereinbarungen mit uns nicht einzutreten. Sie erblickt in diesem Beschluss aber kein Hindernis, weitere Schritte zur Herbeiführung einer Tarifgemeinschaft zu unternehmen. Die Generalversammlung beauftragt deshalb Vorstand und Ausschuss ihres Vereins, die weitere Verfolgung dieser Angelegenheit energisch in die Hand zu nehmen. Ohne Zustimmung des Vorstandes und Ausschusses dürfen Schritte einzelner Orte nach dieser Richtung nicht unternommen werden.« 2. »Die Generalversammlung vertritt die Ansicht, dass bei Abschluss von Zentraltarifen sich alle Kollegen zu fügen haben und fordert die Münchener Lichtdrucker auf, mit aller Kraft für den Tarif einzutreten.«

Ueber die Gesundheitsschädlichkeit in keramischen Druckereien spricht Gyllner-Freiburg in Schl. Er schildert die Gefahren, die die in diesen Betrieben beschäftigten Personen bedrohen, besonders die Gefahren der Staubentwicklung. Der schlimmste Feind bei der Bleikrankheit. Redner beklagt das durch einige statistische Angaben und fordert dringend eine Erweiterung des Arbeiterschutzes und den Erlass von strengen Vorschriften. Das Bild, das entrollt wird, zeigt, dass es tatsächlich schlimm in den betreffenden Betriebsstätten aussieht. In der Debatte wird eine Ausdehnung der Statistik auf die Zustände in den Steindruckereien gewünscht. Nachdem noch verschiedene Redner, unter anderen Robert Schmidt, Obier, im Sinne des Referenten gesprochen, wird folgende Resolution einstimmig angenommen: Die 5. Generalversammlung erkennt eine grössere Gesundheitsgefahr für die in keramischen Druckereien beschäftigten Personen an und beauftragt den Hauptvorstand: 1. Genaues statistisches Material über die Arbeitsweise in keramischen Druckereien zu sammeln; 2. festzustellen, in welchen und in wieviel Betrieben die äusserst schädlichen Staubfarben mit der Hand, also ohne Anwendung von Maschinen oder sonstigen technischen Verbesserungen verarbeitet werden; 3. festzustellen, welcher Art die Verhütungsmassregeln (Ventilatoren, Schutzkleidung und dergleichen sind. Auch, ob die Reichlichkeit genau beobachtet wird und ob Seife und Handtuch dazu in geeigneter Weise dazu geliefert wird; 4. Umfrage zu halten über die aus dieser Berufsthätigkeit resultierenden Krankheiten, Bleivergiftung, Bleikolik und aller anderen damit zusammenhängenden Erscheinungen. Hierbei sind die Krankenkassen in ihrem eigensten Interesse um ihren Beistand zu ersuchen; 5. das aus vorgenannten Positionen insonderheit aus Punkt 4 sich ergebende Material als Petition zu verarbeiten und solche dem Bundesrat zu unterbreiten, damit dieser die Verordnung vom 31. Juli 1897 auf alle Steindruckereien ausdehnt und für Druckereien, die keramische Artikel erzeugen, der erhöhten Erkrankungsgefahr wegen bedeutend verschärft, dieselben als gesundheitsschädliche Betriebe kennzeichnet und für dieselben § 139 a der Gewerbe-Ordnung Anwendung findet, wonach Personen unter 16 Jahren nicht beschäftigt werden dürfen.